



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 25. MÄRZ 2020



CORONA-PANDEMIE VERSETZT BREMEN IN DEN KRISENMODUS

Die Corona-Krise hat Bremen und Bremerhaven fest im Griff. Heute hat sich auch die Bürgerschaft mit dieser großen Herausforderung auseinandergesetzt.

BREMENS PERSPEKTIVEN IN ZEITEN VON CORONA-PANDEMIE UND LOCKDOWN – DIE UNSICHTBARE GEFAHR

Weltweit herrscht Ausnahmezustand. Maßnahmen zur Eindämmung der grassierenden Coronavirus-Pandemie bringen harte Einschnitte für Wirtschaft und Gesellschaft mit sich. Auch das Land Bremen schaltet angesichts der rasanten Ausbreitung der neuartigen Lungenkrankheit in den Krisenmodus. In seiner Regierungserklärung richtete sich Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte an das Parlament und verteidigte die strikten Schutzmaßnahmen. SPD-Fraktionschef Mustafa Güngör appellierte an den Zusammenhalt in der Bevölkerung.

„Wir leben gerade in außergewöhnlichen Zeiten“, sagte Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte in seiner Regierungserklärung vor dem Parlament anlässlich der aktuellen Coronavirus-Pandemie. „Feststehende Gewissheiten werden mit

inzwischen Hunderttausende erkrankt. Allein in Deutschland sind nach Daten des Robert-Koch-Instituts (RKI) 31.554 Menschen infiziert, 149 starben. Auch vor Bremen machte das Virus nicht halt, 200 Infizierte zählte das RKI seit Ende Februar (Stand: 25.03.2020, 0 Uhr). Tendenz: steigend. Rasche Maßnahmen zur Eindämmung der Krankheit waren bundesweit die notwendige Folge, um dramatischen Infektionsketten wie in Italien entgegenzuwirken. Bundesweit, auch in Bremen und Bremerhaven, laufen Schulen und Kitas im Notbetrieb, Universitäten sind geschlossen, Veranstaltungen abgesagt. Bovenschulte: „Das öffentliche Leben ist bis auf ein Minimum heruntergefahren.“ Das Land Bremen schaltet in den Krisenmodus – weil es sein muss.

„Wir leben seit Tagen in einem Ausnahmezustand. Das öffentliche Leben steht

In Zeiten des gesellschaftlichen Herunterfahrens imponiere ihm besonders, wie aufopferungsvoll sich viele Menschen zum Wohl anderer verhalten, sagte Güngör. „Sie arbeiten Tag und Nacht, gehen trotz erhöhten Infektionsrisikos zur Arbeit, machen Überstunden, damit wir alle im Notfall in den Krankenhäusern versorgt werden können oder damit im Lebensmittelhandel genügend Waren in den Regalen stehen. Vielen herzlichen Dank für diese aufopferungsvolle Leistung!“

Allerdings soll es Güngör zufolge nicht bei diesem einfachen Dank bleiben: „Dieser Ausnahmezustand hat uns drastisch vor Augen geführt, wer unsere Gesellschaft zusammenhält – und das spiegelt sich überhaupt nicht im Gehalt wider. Sie sind die Helden der gegenwärtigen Situation und das sollte entsprechend honoriert werden. Einen Fachkräftemangel können wir uns in solch wichtigen Bereichen wie im Gesundheitssektor nicht leisten. Das heißt auch konkret: Mehr Lohn für all diejenigen, die Tag für Tag hart arbeiten, damit unsere Gesellschaft unter dieser Last nicht zusammenbricht.“

Neben den gesellschaftlichen Folgen der Corona-Krise thematisierte SPD-Politiker Güngör insbesondere die drastischen wirtschaftlichen Konsequenzen, die sich bereits bemerkbar machen. „Beinahe alle Läden im Nonfood-Bereich mussten schließen, Restaurants und Lokale dürfen nicht mehr öffnen, die Produktion und der Vertrieb fallen stellenweise aus, weil ganze Belegschaften nicht mehr arbeiten können. Diese Wirtschaftskrise wird voraussichtlich alle treffen: Kleine Einzelhändler, Dienstleister, Solo-Selbstständige, Kulturschaffende, Freelancer, mittelständische Betriebe und multinationale Unternehmen. Welche langfristigen Folgen das haben wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch bei Weitem nicht absehbar – aber, dass uns schwierige Zeiten bevorstehen werden, ist allen klar.“

Umso erfreulicher ist es laut Güngör deshalb, dass die Schuldenbremse des Bundes gelockert wurde und der Bund, allen voran die beiden sozialdemokratischen Minister Hubertus Heil und Olaf Scholz, mit der Neuregelung des Kurzarbeitergeldes alles in Bewegung setzen, damit sich Unternehmer wie Beschäftigte nicht allein gelassen fühlen.

Dasselbe gelte für den Bildungsbereich. Welche Folgen wochenlanger Unterrichtsausfall für die Schülerinnen und Schüler, insbesondere für diejenigen aus benachteiligten Familien, haben wird, lasse sich heute noch nicht sagen. „Fest steht aber: Die Unterschiede beim Homeschooling sind groß und die Folgen für die jewei-

ligen Schülerinnen und Schüler können durchaus gravierend sein. Deshalb müssen wir alle schulischen Anstrengungen unternehmen, damit die Verlierer dieser Ausnahmesituation nicht genau die Kinder sind, die es ohnehin schon schwer haben“, sagte Güngör.

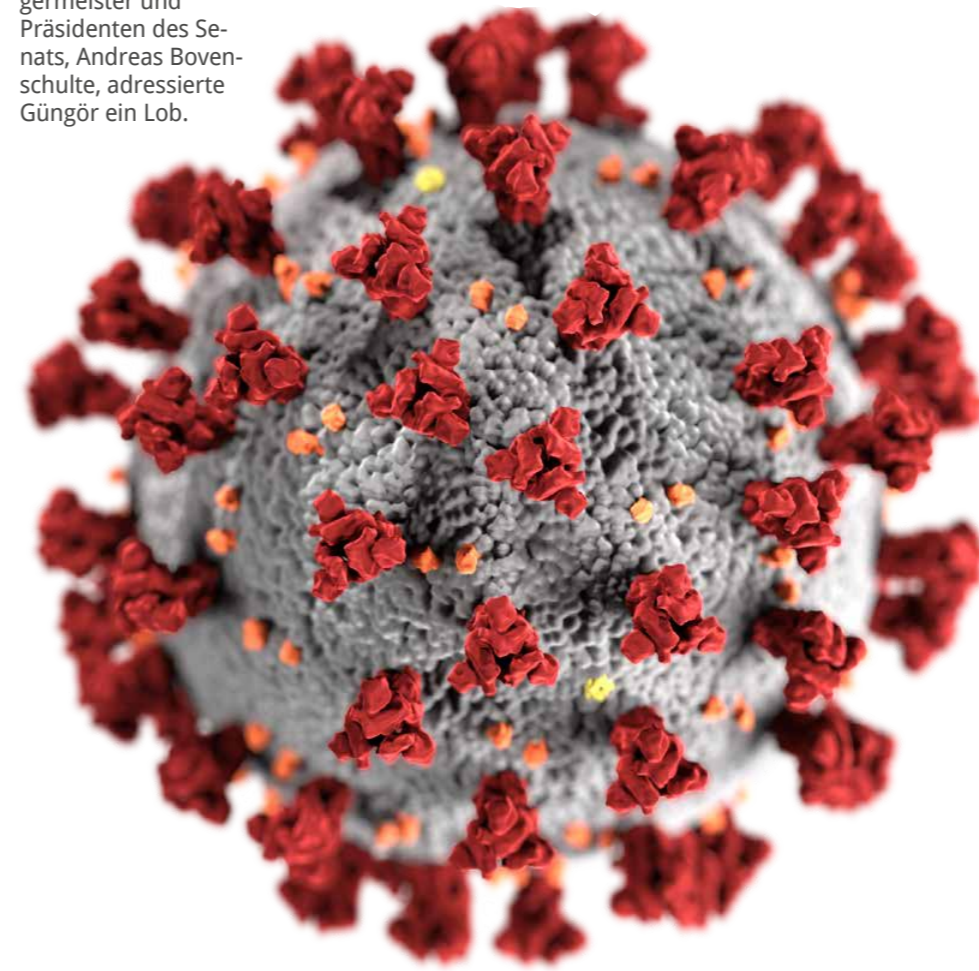
An den Senat und allen voran an den Bürgermeister und Präsidenten des Senats, Andreas Bovenschulte, adressierte Güngör ein Lob.

„In der Krise, wenn alle Ordnung erodiert, suchen die Menschen Orientierung, Halt und Stabilität. Ein maßnahmenbezogener Überbietungswettbewerb als politische Profilierungsstrategie ist absolut unangebracht. Klar ist für uns: Wir in Bremen haben die Lage von Anfang an überaus ernst genommen und konsequente Maßnahmen ergriffen. Die Einigung zwischen Bund und

Ländern am Sonntag hat den Bremer Weg bestätigt. Der Senat handelte seit Beginn der Krise entschieden und besonnen. Ich bin mir sicher, dass es ein Bremen vor und ein Bremen nach dem Virus gibt, dass Altbekanntes möglicherweise verschwunden sein wird und dafür mühsam Neues entstehen muss. Die Sofortmaßnahmen von Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt für kleine Betriebe, Freiberufler und Solo-Selbstständige, das entschiedene aber ausgewogene Agieren von Innensenator Ulrich Mäurer und das Bündeln und Zusammenhalten des Bürgermeisters – all das macht, dass ich zuversichtlich bin, dass Bremen und Bremerhaven gut durch diese Krise hindurch kommen werden.“

Die Bürgerschaft verabschiedete zudem den von SPD, Grünen und Linken eingebrachten Dringlichkeitsantrag „Corona-Pandemie: Gemeinsam und entschlossen für die Menschen in Bremen und Bremerhaven handeln“. Geschlossen sprachen die Parteien allen im medizinisch-pflegerischen Bereich, in den Sicherheitsorganen, in den Hilfsorganisationen und im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie in den beteiligten Ämtern und Behörden Beschäftigten ihren Dank und ihre Anerkennung für die enorme Leistungsbereitschaft aus. Ausdrücklich begrüßt wurden darin unter anderem das freiwillige Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger und die sozial gestaffelte Aufstockung des Kurzarbeitergeldes. Auch eine Aufstockung notwendiger finanzieller Mittel und personeller Ressourcen ist demnach vorgesehen, um die Corona-Krise wirksam zu bekämpfen und ihre wirtschaftlichen und sozialen Härten abzufedern.

>Zum Antrag:
bit.ly/corona_bremen



Wikimedia/CDC/ Alissa Eckert, MS; Dan Higgins, MAMS

WAS NUN ZU BEACHTEN IST

Waschen Sie sich stets gründlich die Hände und achten Sie auf eine angemessene Hygiene-Etikette beim Husten und Niesen. Bei Krankheitssymptomen kontaktieren Sie zunächst Ihren Hausarzt telefonisch und lassen sich einen Überweisungsschein ausstellen. Bitte gehen Sie nicht direkt in die Praxis oder in eine Corona-Ambulanz. In Bremen sind bisher zwei Corona-Ambulanzen in Betrieb: Eine befindet sich auf der Bürgerweide in den

Messehallen 5 und 6, die andere am Klinikum Bremen-Ost. In Bremerhaven wurde bisher eine Ambulanz in der Dr.-Franz-Mertens-Strasse eingerichtet. Sollten Sie eine Überweisung erhalten haben, suchen Sie die Ambulanzen nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln auf. Außerhalb der regulären Sprechzeiten der Praxen können Sie den ärztlichen Bereitschaftsdienst telefonisch unter (0421) 116 117 kontaktieren. (Stand: 25. März 2020)

atemberaubender Geschwindigkeit erschüttert, was gestern noch als unumstößlich galt, hat heute schon keinen Bestand mehr. Ich habe noch nie in meinem Leben eine so dramatische und rasante Veränderung der Wirklichkeit mitgemacht.“

Seit Ende 2019 breitet sich das neuartige Virus massiv aus. An der schweren Lungenkrankheit SARS-CoV-2 (COVID 19), die in Asien ihren Ursprung nahm, sind weltweit

plötzlich still. Läden sind geschlossen. Menschen treffen sich nicht mehr, berühren sich nicht mehr, halten Abstand. Sie verlassen ihr Zuhause nur, um das Nötigste zu erledigen“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Mustafa Güngör. „Zudem wird uns nun eindrücklich vor Augen geführt, welche Infrastruktur in Krisenzeiten wirklich relevant ist. Und wie wichtig und überlebensnotwendig ein gut ausgestatteter Gesundheitssektor ist.“



Bürgermeister Andreas Bovenschulte bei seiner Regierungserklärung und der SPD-Fraktionsvorsitzende, Mustafa Güngör, bei seiner Rede in der Bürgerschaft



Fotos: Bremische Bürgerschaft

EINSCHRÄNKUNGEN

Für vorerst zwei Wochen gilt: Im öffentlichen Raum ist ein Mindestabstand von 1,5 Metern einzuhalten. Es dürfen höchstens zwei Personen miteinander unterwegs sein, es sei denn, man gehört demselben familiären Hausstand an. Gruppenaktivitäten sind untersagt. Der Gang zur Arbeit, der Arztbesuch, erforderliche Einkäufe, zwingend notwendige Zusammenkünfte und private Aktivitäten im Freien sind gestattet. Gastronomische Betriebe und nicht zwingend erforderliche Dienstleistungsbetriebe sind geschlossen. Der Lieferservice hat Bestand. Verschärfte Hygienevorschriften sind wie auch in allen anderen Betrieben einzuhalten. (Stand: 25. März 2020)



Zu Beginn der Sitzung zollten die Abgeordneten all denjenigen Respekt, die derzeit im Gesundheitsbereich, in Supermärkten oder in der öffentlichen Daseinsvorsorge Großartiges leisten.

ANTRAG ZUWEISUNGSRICHTLINIE FÜR SCHULEN WIRD AUSGEWEITET

Was für die Versorgung mit Lehrkräften seit einigen Jahren gilt, soll nun auch für das nicht-unterrichtende Personal gelten: Die Bürgerschaft hat heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition beschlossen, dass der Senat bis Ende des Jahres eine Zuweisungsrichtlinie auch für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwickeln soll.

Durch diese Richtlinie soll der Einsatz zum Beispiel mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern, aber auch die Ausgestaltung der Freizeitangebote im Ganztagsbetrieb nicht mehr von den finanziellen Möglichkeiten der Schule abhängen. Stattdessen sollen in Abstimmung mit den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sowie der Bildungsdeputation gemeinsame, transparente Parameter festgelegt werden, nach denen jeweils Landesmittel zugewiesen werden.

Für den Vorsitzenden und bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, ist dies der absolut richtige Schritt. „Die Schule ist schon lange kein Ort mehr, an dem Schülerinnen und Schüler bis 13 Uhr frontal Wissen vermittelt bekommen und sich dann zu Hause an den gedeckten Mittagstisch setzen“, sagte er heute in seiner Rede in der Bürgerschaft.

„Die Schule ist mehr als nur ein Ort des Lernens. Sie ist ein Ort des Erfahrens, an dem nicht nur Mathe und Deutsch gepaukt wird, sondern Abstraktionsfähigkeit, Kreativität und langfristige Lebensorientierung geschaffen wird. Ein Ort, an dem das Denken in Alternativen erlebt und erlernt wird und alle, unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Geldbeutel des Elternhauses, zusammenkommen und gemeinsame Erfahrungen machen. Erfahrungen, die das Leben prägen und formen.“

Diese Erfahrungen sollten nicht dem Zufall überlassen werden, so Güngör weiter. „Sie sollten gesteuert, miteinander abgestimmt und ins pädagogische Gesamtkonzept der Schule implementiert werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass das gemeinsame Lernen und die gemeinsamen Erfahrungen sinnvoll in Kompetenzen der

Schülerinnen und Schüler umgewandelt werden und zur Ausgestaltung des eigenen Lebens genutzt werden können. Und diese Aufgaben sollen explizit eben nicht Lehrerinnen und Lehrer übernehmen, sondern Pädagoginnen und Pädagogen, die neue Impulse in die Schule hineinbringen, die neue Sichtweisen eröffnen.“

Güngör abschließend: „Die Ausgestaltung der Ganztagsangebote darf nicht von der finanziellen Situation der Schule abhängen. Darunter leiden tendenziell wieder diejenigen, die ohnehin benachteiligt sind. Das Land sollte hier seiner Verantwortung nachkommen und die Ausgestaltung der Freizeitangebote finanziell unterstützen.“

> **Antrag: Zuweisungsrichtlinie für nicht-unterrichtendes pädagogisches Personal an den Schulen im Land Bremen**
bit.ly/zuweisungsrichtlinie

ANTRAG KREBS BEI FEUERWEHRLEUTEN ALS BERUFSKRANKHEIT ANERKENNEN

Die Bürgerschaft hat sich heute dafür ausgesprochen, dass bestimmte Krebsarten als Berufskrankheit anerkannt werden, wenn sie im Zusammenhang mit giftigen Rauchgasen stehen, denen vor allem Feuerwehrleute in ihrem Berufsalltag häufig ausgesetzt sind. Sie beschloss einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition, in dem der Senat aufgefordert wird, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass entsprechende Schritte unternommen werden. Das Parlament fordert zudem auch eine generelle Änderung bei der Anerkennung von Berufskrankheiten.

Dies soll dadurch geschehen, dass die Beweislast umgekehrt wird. Und so bekräftigte das Parlament heute einen Beschluss, den es bereits im Jahr 2010 gefasst hatte:



Volker Stahmann

Bei einer Erkrankung an einer anerkannten Berufskrankheit soll zunächst immer eine berufliche Ursache vermutet werden, wenn keine Anhaltspunkte für eine außerhalb der beruflichen

Tätigkeit liegende Ursachen festgestellt werden. „Diese Beweislastumkehr ist das Kernelement unseres Antrages“, sagte der SPD-Abgeordnete Volker Stahmann in seiner Rede. „Wir wollen verhindern, dass unseren Feuerwehrleuten in Bremen und Bremerhaven das gleiche passiert wie den Werftarbeitern von Vulkan und AG Weser bei asbestbedingten Erkrankungen. Betroffene Feuerwehrleute müssen deshalb von der Beweislast befreit werden.“

> **Antrag: Krebs bei Feuerwehrleuten als Berufskrankheit anerkennen**
https://bit.ly/feuerwehrleute_krebs

ANTRAG BÜRGERSCHAFT BEKENNT SICH ZU FRAUENRECHTEN

Die Bürgerschaft hat sich heute klar zu den Rechten von Frauen und von Menschen bekannt, deren Geschlecht nicht in ein binäres System von Mann und Frau passt. Sie verabschiedete eine von der rot-grün-roten Koalition eingebrachte Entschließung, in der sie sich klar zu einer emanzipatorischen Gesellschaft bekennt, in der alle Menschen nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen leben können.

Seit vielen Jahren sei zu beobachten, dass europaweit und international bereits errungene Frauenrechte offensiv zur Disposition gestellt würden, heißt es im Antrag. Vor allem die Frauen- und die Genderpolitik seien zum Feindbild rechtspopulistischer und rechtsextremer Ideologien geworden. Innerhalb dieser Ideologien

sowie die Kategorie Geschlecht eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche und soziale Ordnung. Ihre Vorstellungen von Geschlecht und Familie entsprächen dabei einem klar biologistischen Verständnis. Die Bürgerschaft hat nun noch einmal



Antje Grotheer

betont, dass sie dieses Gesellschaftsbild entschieden ablehnt. „Gleichberechtigung ist in unserem Grundgesetz festgeschrieben und wir werden dieses Grundrecht weiterhin mit Leben füllen, gegen

jeden kläglichen Widerstand von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten“, sagte Antje Grotheer, Sprecherin für Queerpolitik der SPD-Fraktion, in ihrer Rede und betonte: „Wir lassen uns unsere vielfältige demokratische Gesellschaft nicht von Antifeministen kaputt machen. Wir werden weiterhin die Rechte von Frauen, Inter-, Trans- und nichtbinären Menschen stärken. Menschen lassen sich nicht in Schubladen stecken! Wir lassen uns nicht von Hass und Hetze einschüchtern. Dem setzen wir Nächstenliebe, Demokratieschulung und gute Gesetze entgegen.“

> **Antrag: Antifeminismus vehement entgegenreten**
bit.ly/antifeminismus_entgegenreten